

## Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

### Themen

**Windkraft: Coup gegen den Rechtsstaat von Karl Spühler**

Seite 2

### Kanton Zürich

**Mit dem Velo zum Sonntagsverkauf von Tobias Infortuna**

Seite 3

### Aktuell

**Tempo 30 in Küsnacht und darüber hinaus von York-Peter Meyer**

Seite 4–5

### Parlamentsgemeinden

**Wiau! Linke Indoktrination startet bei den Kindern von Stefan Urech**

Seite 6

### Veranstaltungs-Tipp

**Windmonster: Politlunch mit Therese Schläpfer**

Seite 8

## STÄNDERATSWAHLEN 2023

# Linke Stadt diktiert Land

Tiana Moser (GLP) gewinnt den zweiten Wahlgang der Zürcher Ständeratswahlen gegen Gregor Rutz (SVP). Damit verliert der traditionell bürgerlich-liberale Kanton Zürich seine bürgerliche Standesvertretung in Bern. Die linke Bevölkerung in den Grosstädten Zürich und Winterthur dominiert die Zürcher Politik nach Belieben und überstimmt die Landbevölkerung zum x-ten Mal in den vergangenen Jahren.

SVP-Kandidat Gregor Rutz verliert den 2. Wahlgang der Ständeratswahlen klar gegen GLP-Herausforderin Tiana Moser von der GLP. Rund 42 % der Zürcherinnen und Zürcher gaben Rutz die Stimme. Dies entspricht in etwa dem Wähleranteil von SVP, FDP und EDU. Doch wieso reichte es trotz diesem sehr guten Resultat nicht zur Wahl?

### Die Mitte verweigerte dem bürgerlichen Lager die Unterstützung

Die Delegierten der Mitte beschlossen nur einen Tag nach der Nomination von Gregor Rutz die Stimmfreigabe für den zweiten Wahlgang. Ein klares Zeichen an die eigene Basis, Gregor Rutz nicht zu unterstützen. Und dies nur neun Monate, nachdem die SVP die Mitte-Regierungsrätin Silvia Steiner mit einem Kraftakt im Wahlkampfschlussspurt über die Ziellinie rettete. Die Mitte wurde zur grossen Wahlhelferin von GLP-Frau Tiana Moser.

### Tiefe Wahlbeteiligung auf dem Land

Mit 39,6% war die Wahlbeteiligung im Vergleich zum 2. Wahlgang 2019 hoch (+5,6%). Und wie so oft bei den vergan-

genen Abstimmungen und Wahlen war die Wahlbeteiligung in unseren bürgerlichen Hochburgen auf dem Land im Vergleich zu den linken Städten Zürich und Winterthur tief. Die Bezirke Hinwil, Uster, Dietikon, Dielsdorf und Bülach erreichten allesamt eine teils massiv tiefere Wahlbeteiligung als die linke Stadt Zürich (42,2%). Es sind notabene diese Bezirke in unserem Kanton, welche einen SVP- und FDP-Wähleranteil von zusammengerechnet 43% bis 54% erreichen.

Erschreckend ist die Tatsache, dass Gregor Rutz in vielen bürgerlichen Gemeinden eine tiefere Stimmenzahl erreichte als im ersten Wahlgang. Nur eine kleine Auswahl davon: Affoltern am Albis., Stammheim, Bülach, Regensdorf, Birmensdorf, Bubikon, Oetwil am See, Lindau, Volketswil und Zell. Die Mobilisation, auch unserer eigenen Wählerschaft, hat im zweiten Wahlgang nicht mehr funktioniert.

### Linke Städte dominieren Zürcher Politik

Trotzdem wäre Gregor Rutz in den Landbezirken gewählt worden. Zieht man die Stimmen der Städte Zürich und Winterthur vom Endresultat ab, erzielt Rutz 7980 Stimmen mehr als Moser. Hingegen übertrumpfte Moser unseren Kandidaten Rutz allein in den Städten Zürich und Winterthur um 55 145 Stimmen. Der viel zitierte Stadt-Land-Graben wird im Kanton Zürich grösser und grösser.

Die Stadt Zürich erhält dank dem Zentrumslastenausgleich über 400 Millionen Franken pro Jahr und lebt seit dessen Einführung 2012 in «Saus und Braus». Es ist eine Art Wohlstandsverwahrlosung zu erkennen. Die Stadt baut täglich ihre Leistungen aus und deren Verwaltung wächst und wächst und damit die Abhängigkeit der Bevölkerung vom Staat. Die Folge: Die Bevölkerung lebt vom Staat und wird demzufolge linker und linker. Durch das gleichzeitig enorme Bevölkerungswachstum in den Städten Zürich und Winterthur überstimmen diese beiden Städte den ganzen Kanton Zürich.

### Zürcher Landbevölkerung nicht mehr vertreten in Bern

Es wird immer schwieriger für die Interessen der ländlichen und bürgerlichen Bevölkerung politische Mehrheiten zu finden im Kanton Zürich. Und so schickt die Zürcher Bevölkerung zum ersten Mal seit Gründung unseres Bundesstaates 1848 zwei linke Zürcher Ständeräte auf Bern.

Die Zürcher Strassenbauprojekte, der Flughafen Zürich, das Zürcher Gewerbe und die Zürcher Wirtschaft haben am vergangenen Sonntag ihre Stimme im Ständerat verloren. Die gewählten Daniel Jositsch und Tiana Moser führen lieber neue Verbote, Abgaben und Gesetze ein, anstatt auf die Eigenverantwortung jedes Einzelnen zu bauen. Zu allem Übel sind sie zwei EU-Turbos und werden die kommenden vier Jahre



Ländliche Gebiete des Kantons Zürich, wie hier beim Pfäffikersee, werden regelmässig von der Stadt Zürich überstimmt.

Bild: Wikipedia

alles für einen EU-Beitritt unternehmen.

### SVP muss Gegensteuer geben

Die SVP muss sich diesen Entwicklungen vehement entgegenstellen. Wir müssen jetzt die Strukturen aufbauen und politischen Themen lancieren, damit wir eine noch grössere politische Bewegung werden. Dann gelingt es uns, die Fehlentwicklungen im Kanton Zü-

rich bei den kommenden Wahlen zu korrigieren.

### Danke für die grosse Unterstützung

Die SVP Kanton Zürich bedankt sich für die grosse Unterstützung bei allen Mitgliedern und freiwilligen Helfern in diesem Wahljahr.

Kämpfen wir weiter, für eine sichere Zukunft in Freiheit!

### Ständeratswahlen Zürich 2023 – 2. Wahlgang

Kandidat	Stimmen	Prozent
Moser Tiana	206 493	54,3%
Rutz Gregor	159 328	41,9%
Weitere	14 690	3,9%
Total Stimmen	380 511	100%

Wahlkreis	Moser	Rutz	Differenz
Stadt Zürich	69 866	24 977	44 889
Stadt Winterthur	19 256	9 000	10 256
<b>Städte</b>	<b>89 122</b>	<b>33 977</b>	<b>55 145</b>
Land/Agglomeration	117 371	125 351	-7 980
<b>Total</b>	<b>206 493</b>	<b>159 328</b>	<b>47 165</b>



**Domenik Ledergerber**  
Parteipräsident  
Kantonsrat  
Herrliberg

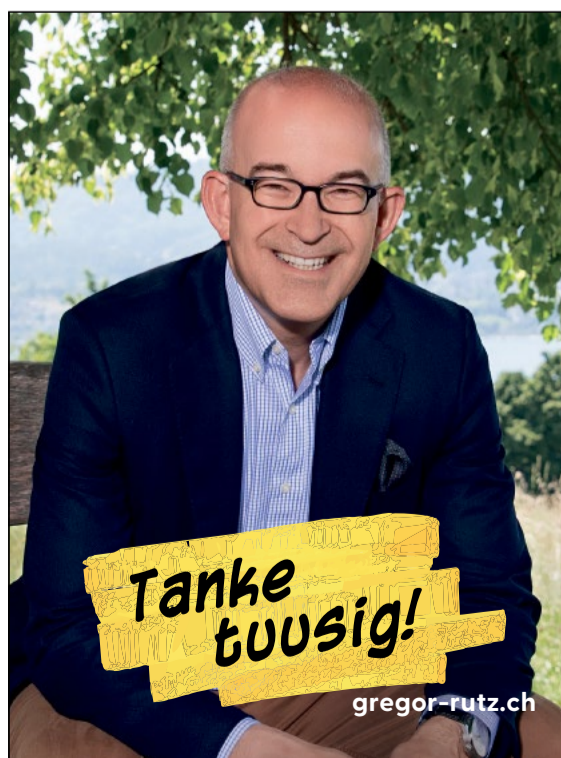
GOAL GLOSSAR

**simpel**  
◀lat.▶ simplex – «einfach»

Wenn die Wählerinnen und Wähler auf der Strasse denken: «Diese Botschaft, dieses Plakat ist einfach und simpel, das könnte auch von mir kommen!», dann haben wir gewonnen. Denn dann versteht jeder die Kampagne. Deshalb entwickeln wir für unsere Kunden simple Botschaften und Visualisierungen. Weil Wahlen und Abstimmungen Mehrheiten benötigen!

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch

**GOAL**  
AG für Werbung und Public Relations  
Wir wollen Ihren Erfolg



### Herzlichen Dank an alle, die sich im Ständerats-Wahlkampf bei über 200 Anlässen und Standaktionen für eine bürgerliche Politik engagiert haben!

Die SVP-Fraktion geht gestärkt in die neue Legislatur. Mit Überzeugung und Herzblut werde ich auch künftig für eine starke, unabhängige Schweiz, einen attraktiven Wirtschafts- und Werkplatz und eine moderne Armee kämpfen! Und natürlich engagiere ich mich weiterhin konsequent gegen die wachsende Bürokratie und ständig neue Auflagen für das Gewerbe und uns Bürger! Mehr Freiheit, weniger Staat und mehr Selbstverantwortung – oder anders gesagt: Für starke Werte und gegen den Zeitgeist.

**Merci Euch allen – auf ein erfolgreiches 2024!**

gregor-rutz.ch



Christoph  
Mörgeli

## Freisinn, «klar positioniert»

Der zurücktretende Zürcher FDP-Ständerat Ruedi Noser beklagt in der «NZZ», sein Kanton werde immer linker. Dank der bürgerlichen Zerstrittenheit lachen sich die Linken ins geballte rote Fäustchen. Ruedi Noser wörtlich: «Es gibt in der Schweizer Politik drei zentrale Themen: erstens die Migration, zweitens die Beziehungen zur EU und drittens die Nachhaltigkeit und Ökologie. Der Freisinn ist in dieser Frage klar positioniert.»

Ist die FDP bei diesen Themen wirklich «klar positioniert»? Sie ist es nicht. Bei der Migration schimpfen die Freisinnigen über die Asylantenschwemme, wollen aber am dafür verantwortlichen Dublin-Abkommen nichts ändern. Die FDP will am Haupttreiber der Zuwanderung – der EU-Personenfreizügigkeit – festhalten. Zugleich verlangt sie eine «massvolle Zuwanderung» und «hauseigene Lösungsvorschläge». Was mit der Personenfreizügigkeit absolut nicht zu haben ist.

Wie steht es um die «klare» FDP-Positionierung in der Europapolitik? Laut Programm wendet sich die Partei gegen einen «EU- oder EWR-Beitritt» und bekräftigt «ohne Wenn und Aber» den «bilateralen Weg». Sie hat aber 1995 den EU-Beitritt beschlossen und die «Mitgliedschaft» bei der EU in der «Vision 2007» bekräftigt – massgeblich unter dem Einfluss von Ruedi Noser. Eine prominente Freisinnige wie Christa Markwalder war Präsidentin des EU-Beitrittsvereins «Neue Europäische Bewegung Schweiz». Bevor Markwalder Nationalrätin wurde, hatte die Berner FDP fünf Sitze. Heute noch den einzigen von Christian Wasserfallen – ihrem ewigen Gegenspieler.

Was die angebliche Einigkeit der FDP bei Fragen von Ökologie, Nachhaltigkeit und Klimaschutz betrifft: Gerade in Umwelt- und Energiefragen ist die FDP tief gespalten. Ruedi Noser war ein Anhänger der grünen Gletscherinitiative, FDP-Präsident Thierry Burkart ist Präsident des Nutzfahrzeugverbands Astag. Seine Vorgängerin Petra Gössi trat wegen des partei-internen Kraches um das CO<sub>2</sub>-Gesetz zurück. Gewiss, gegen Tyrannen wirkt Widerspruch wie Juckpulver. Aber für eine Partei wirken solche Widersprüche wie Schwarzpulver.

## WINDENERGIE UND RECHTSSTAAT

# Baudirektion: eklatantes Defizit an Rechtsstaatlichkeit

In über zwanzig Zürcher Gemeinden wurden Initiativen für die Festlegung von Abständen von Windenergieanlagen eingereicht. Sie wurden fast alle für gültig erklärt. Doch viele Gemeinden sind durch eine selten arrogante Intervention der Baudirektion verunsichert. Wichtige demokratische Rechte stehen auf dem Spiel.



Prof. Dr. Karl Spühler  
Alt Bundesrichter  
Winterthur

An sich wäre es Aufgabe der kantonalen Baudirektion, den Gemeinden beizustehen. Doch mit Bezug auf Windenergieanlagen erfolgt das Gegenteil. Im vergangenen Juli, als sich im Kanton ein erheblicher Widerstand gegen die Windenergiepläne von Regierungsrat Neukom zu zeigen begann, erhielten die Gemeinden ein langes Mail über den Mindestabstand von Windenergieanlagen in Gemeindebauordnungen. Absender des Mails war «Wilhelm Natrup, Amtschef». Mit keinem Wort erwähnt wurde Regierungsrat Neukom, der grüne Baudirektor des Kantons Zürich. Es ist aber anzunehmen, dass er um die Sache wusste, ja sie inspirierte. Das Mail verneint in arrogantem Ton die Genehmigungsfähigkeit von Abstandsbestimmungen von Windanlagen in Bauordnungen der Gemeinden. Die Gemeinden hätten keine Kompetenz dazu. Deshalb würden entsprechende Abstandsbestimmungen vom Amt für Raumentwicklung (ARE) nicht genehmigt.

### Verunsicherung der Gemeinden durch amtliches Mail

Durch dieses Mail wurden die zuständigen Gemeindeorgane in hohem Mass verunsichert. In vielen Gemeinden wurden inzwischen Initiativen eingereicht. An fast allen Orten wurden diese gültig erklärt. Das erwähnte Mail drohte ihnen jedoch an, entsprechende Abstandsvorschriften würden nicht genehmigt. Die Vorgehensweise des ARE, offenbar ab-



Kosten und Nutzen von Windkraft sind in der Schweiz umstritten. Bild: Pixabay.com

gesegnet durch Herrn Regierungsrat Neukom, entbehrt jeglicher Rechtsstaatlichkeit; es ist in mehrfacher Hinsicht rechtsstaatsfeindlich. Derartige Androhungen von blossen Verwaltungsstellen entbehren jeglicher Achtung schweizerischer Werte, fest verankert in den Verfassungen von Bund und Kanton Zürich.

Zum Voraus sich über Dinge wie Nichtgenehmigung zu äussern, deren Entscheid letztlich bei den Gerichten liegt, ist hierzulande nicht nur verpönt, sondern eine verfassungswidrige Vorbefassung. Androhungen dieser Art widersprechen unseren rechtsstaatlich-demokratischen Grundprinzipien. Eine Missachtung der Gewaltentrennung durch blossen Verwaltungsstellen ist strikte zurückzuweisen, ebenso die Geringschätzung der verfassungsmässig garantierten Gemeindeautonomie. Denn es gilt, den Entscheid der zuständigen Gerichte im einzelnen Fall abzuwarten.

Die betroffenen Gemeinden können einstweilen am besten selbst die erforderliche Interessenabwägung vornehmen. Sie sind den Verhältnissen am nächsten. Sie können am besten abwägen, ob die Stromgewinnung die Eingriffe in Landschaft, Natur, Wald, Tier-

welt, Eigentum (neuste Studien belegen den Wertverlust von Liegenschaften in der Nähe von Windenergieanlagen) usw. überwiegen und rechtfertigen; allein aus lokaler Sicht kann die Länge der Abstandsbestimmungen von Windenergieanlagen beurteilt werden.

### Gravierende Unkenntnis der Gesetze

Die vorzeitige Stellungnahme von Wilhelm Natrup lässt darüber hinaus auf augenscheinliche und möglicherweise vorgeschobene Unkenntnis der anwendbaren Gesetzesbestimmungen, des Rechtsweges und der bundesgerichtlichen Praxis schliessen. Man fragt sich, ob man fern vom Bundesgericht nach Treu und Glauben einfach darauf los argumentieren darf; im Fall Tramelan hat das oberste Gericht nämlich die Kompetenz der Gemeinden zum Erlass von entsprechenden Abstandsvorschriften anerkannt. Der Entscheid ist französisch abgefasst; entweder versteht der zürcherische ARE-Chef diese schweizerische Landessprache nicht oder er ist seinem rein ideologischen Denken bedenklich verhaftet.

Tatsache ist, dass in § 88f. des Zürcher Raumplanungsgesetzes die Bau-

direktion, und nicht das ARE, für die Genehmigung bzw. Nicht-Genehmigung von Bau- und Zonenordnungen zuständig ist und dass allfällige Nichtgenehmigungen gemäss dem kantonalen Verwaltungsrechtspflegegesetz als Direktionsverfügungen an den Gesamtregierungsrat weiterziehbar wären. Letztlich wäre Lausanne sachlich zuständig. Ferner ist daran zu erinnern, dass im Kanton Zürich Abstandsbestimmungen generell zulässig sind. Hier spielt die Gemeindeautonomie eine gewichtige Rolle. Irgendwelchen Beschränkungen auf Abstände innerhalb ein und derselben Zone entbehren der notwendigen gesetzlichen Grundlage. Kantonale Mess- und Berechnungsvorschriften und dergleichen sind erst im konkreten Einzelfall zu beachten.

### Es geht um Volksrechte

Der Amtschef hätte schon beim Versand des Mails erkennen können, dass der Sache nicht bloss baurechtliche Fragen zugrunde liegen. Denn schon damals waren Initiativen angekündigt. Er musste sich bewusst sein, dass seine Intervention auch Initiativen und damit wichtige demokratische Rechte traf. In der Regel werden Einzelinitiativen von einzelnen oder mehreren Personen eingereicht, in Wetzikon steht aber eine Volksinitiative zur Behandlung. Es steht eines der wichtigsten demokratischen Rechte auf dem Spiel. Die Schranken derselben bedürfen einer klaren gesetzlichen Grundlage.

Eine solche fehlt. Auch im kantonalen Gesetz über die politischen Rechte (GPR) findet sie sich nicht. Die gültigen Initiativen sind als solche zur Abstimmung zu bringen. Zeitnah, separat und ohne eine ganze oder teilweise BZO-Revision.

Dies haben die Gemeindeexekutiven zu beachten. Es geht um urdemokratische Rechte von Bürgerinnen und Bürgern!

## 200 FRANKEN SIND GENUG

# SRG-Vollkatastrophe

rw. Der SRG-Generaldirektor Gilles Marchand sagt im Tages-Anzeiger, eine Gebührensenkung wäre für die SRG eine «Vollkatastrophe». Die SRG sei ein unschuldiges Opfer der Politik. Hintergrund sind die im Parlament verhandlungsreife Volksinitiative «200 Franken sind genug» und die Pläne des Bundesrates, auf dem Verordnungsweg eine

kleine Gebührensenkung von 335 auf 300 Franken zu beantragen.

Gilles Marchand ist voll im Katastrophen-Modus. Die klitzekleine Sparvorgabe des Bundesrates reiche bereits, um 900 Vollzeitstellen zu streichen, sinniert er. Falls dem tatsächlich so wäre, müsste man es sowieso machen, denn die SRG hat für ihre vor allem im Infor-

mationsbereich schwachen und einseitigen Leistungen einfach zu viel Personal. Im Interview sagt Marchand weiter, seit 2018 habe die SRG bereits über 100 Millionen eingespart. Und das «ohne unsere Leistungen spürbar einzuschränken». Bravo, da ist also noch viel Fleisch am Knochen! Solche kruden Argumente der SRG-Führung sind wohl auch

auf die intensive Zusammenarbeit mit der EU-philien Werbeagentur furrerruhgi zurückzuführen. Dort fürchtet man sich offenbar jetzt schon vor einer Volksabstimmung über die überrissenen SRG-Gebühren. Aber auch dieses Agenturhonorar wird dann vom Gebührenzahler finanziert werden müssen...

## POLITISCHE GEOGRAFIE IST NICHT MEHR NACHVOLLZIEHBAR

# Gerhard Pfister – der Totengräber des Bürgerblocks

Der Präsident der Mitte, Nationalrat Gerhard Pfister, sagt plötzlich, es gebe keinen Bürgerblock mehr, Christoph Blocher habe ihn zerstört. Wahrscheinlicher ist eher, dass Pfister und seine Partei noch weiter nach links schauen als bisher.



Reinhard Wegelin  
Alt Parteisekretär  
Pfäffikon ZH

Die Ständeratswahlen vom vergangenen Wochenende stellen politisch eine grosse Zäsur dar. Der Kanton Zürich hat nun zwei straff linke politische Vertreter in Bern. Im Kanton Aargau nimmt mit Marianne Binder eine Mitte-Politikerin im Stöckli Einsitz.

### Mitte als Linke behandeln

Keine Stimme mehr auf sicher. Das ist eine wichtige Konsequenz aus den Ständeratswahlen. Wenn der Mitte-Präsident meint, die bürgerliche Zusammenarbeit sei ein Märchen, dann machen wir diese gegenüber der Mitte ganz gerne zu einem Märchen. Dann gibt es keine Nachtübungen mehr für Mitte-Regie-

rungsratskandidatinnen im Kanton Zürich. Dann können wir Mitte-Exponenten immer als Linke behandeln. Selbstverständlich muss jede Partei ihre DNA behalten. Aber heute muss festgestellt werden, dass im Kanton Zürich die Mitte mehrere rote Linien überschritten hat. Eine bürgerlich-wirtschaftliche Zusammenarbeit wird nach der heutigen Ausgangslage nur noch mit der FDP möglich sein.

### Mitte müsste sich nach rechts verschieben

Die Aufnahme der BDP hat der Mitte wohl etwas mehr Wählerstimmen gebracht. Aber nach jeder Wahl müsste die Mitte eigentlich ihren Kurs neu bestimmen. Denn wenn das Gesamtektorat nach rechts rutscht, müsste dies eigentlich auch die Mitte tun. Denn sonst wäre sie ja gar nicht mehr «Die Mitte».

Man sieht deutlich, dass Gerhard Pfister von den EU-Befürwortern weichge-

pült wurde und heute nichts mehr unternimmt, um eine eigenständige und neutrale Aussenpolitik zu stärken. Pfister geht so weit, dass er die Unterstützung von Wirtschaftsverbänden für SVP-Ständeratskandidaten als falsch bezeichnet. Offenbar sagen ihm Unabhängigkeit und Neutralität nichts mehr. Damit wird Gerhard Pfister zu einem Grahshüter einer Pro-EU-Politik. Ebenso eigenartig ist die linke Anbiederei von Baernpräsident und Mitte-Nationalrat Markus Ritter. Er fand es vor den Eidgenössischen Wahlen gut, wenn ein grüner Kandidat Bundesrat werden würde – und nannte auch schon Namen. Bürgerliche Geschlossenheit sieht anders aus. Solche Luftballone sind völlig fehl am Platz und schaden im Übrigen auch der Landwirtschaft.

### «Sozialismus der Mitte»

Die NZZ nannte Pfisters Politik kürzlich «Sozialpopulismus» und sprach sogar von einem «Sozialismus der Mitte». Man

kann, wenn man will, auch bei der ehemaligen CVP eine Art «Merkelsche Linksausrichtung» feststellen. Ist das C (im Parteinamen) erst weggenommen, lebt sich's völlig unbenommen!

Linke Parteien gibt es schon genug. Jetzt kommt noch Pfisters Haufen dazu, der nichts mehr von «bürgerlich» wissen will. Ziehen wir die Konsequenzen.



Mitte-Parteipräsident Gerhard Pfister führt seine Partei konsequent nach links. Bild: Wikipedia

AUS DEM KANTONS RAT

## Mit dem Velo zum Sonntagsverkauf

Als Kind waren wir sicher, dass es im Jahr 2000 fliegende Autos geben würde. Nun schreiben wir das Jahr 2023, und stattdessen gibt es Lastenräder. Strassen werden also weiterhin – auch für die Grünen – notwendig sein. Mit Strassen befasste sich der Kantonsrat in dieser Woche ausgiebig.



**Tobias Infortuna**  
Kantonsrat SVP  
Egg

Die linksgrüne Seite schaffte es auch an diesem Montag mühevoll, bei sämtlichen Themen auf das Klima zu fokussieren. Zuerst gab die Ratspräsidentin aber die Gewinner der Jassmeisterschaften des Kantonsrats bekannt. Ein tolles Resultat erzielten dabei zwei SVP-Kantonsräte. Pierre Dalcher belegte den dritten Platz und Ursula Junker holte sich im Differenzler den Sieg.

### Klima statt Strassen

Viel zu reden gab anschliessend das Bauprogramm der Strassen für die Jahre 2024 bis 2026. Domenik Ledergerber (SVP) kritisierte, dass immer weniger Geld für Strassen zur Verfügung stehe. Inzwischen sind es nur noch 81 Millionen. Im Jahr 2021 waren es noch 94 Millionen. Stattdessen fliesst immer mehr Geld in Velowege und Schikanen. Dabei geht das Bevölkerungswachstum, der zunehmende Lieferverkehr und der Stau vergessen. Martin Hübscher (SVP) ergänzte, dass der Kanton oft über den Kopf der Gemeinden hinweg bestimme. Eine Folge davon ist Schleichverkehr statt Umfahrungen. Die linksgrüne Seite

verbarge ihre Abneigung gegen Autos nicht und forderte wegen des Klimas mehr Velowege, weniger Strassen und Tempo 60 ausserorts. Ginge es nach den Grünen, würde die Street Parade vermutlich durch eine Lastenrad-Parade ersetzt. Eine Sprecherin der Grünen sagte sogar, dass Auswärtige in den Städten unerwünscht seien. Fremdenhass auf die Landbevölkerung also.

### Klima statt Steuereinnahmen

Weiter ging es mit den jährlich 2,1 Millionen für die Stiftung Greater Zurich Area zwecks Standortförderung. Paul Mayer (SVP) betonte, dass die durch die Standortförderung angesiedelten Firmen dem Kanton in den vergangenen zwölf Jahren 329 Millionen Franken an Steuereinnahmen bescherten. Die linksgrüne Ratsseite, man ahnt es, brachte auch hier das Klima ins Spiel. Man müsse unbedingt auf mehr ökologische Nachhaltigkeit pochen. Die Klimaziele müssten oberste Priorität geniessen. Der Rat jedoch bewilligte die Gelder für die Standortförderung deutlich.

### Klima statt Sonntagsverkäufe

Knapp wurde es beim Thema Ladenöffnungszeiten. Es ging um den Wunsch nach zwölf statt wie bisher vier Sonntagsverkäufen pro Jahr. Die Befürworter verwiesen auf den Onlinehandel als Konkurrenz, auf das Bedürfnis der Kundschaft und auf die Arbeitsplätze.

Die Linken hingegen sorgten sich um das Personal. Seltsamerweise vergassen sie jedoch die Leute, die sonntags im öffentlichen Verkehr arbeiten oder das Servicepersonal der alternativen Kulturbezirke, in der sie auch am Sonntag gerne sitzen. Zudem, wie könnte es anders sein, wurde auch hier auf das Klima verwiesen, das durch Sonntagsverkäufe zusätzlich belastet werde. Und diese würden sich sowieso nicht lohnen. Die Linke, die nicht gerade dafür bekannt ist, die Privatwirtschaft aus erster Hand zu kennen, wusste angeblich, was für den Detailhandel gut ist. Pierre Dalcher (SVP) widersprach, denn als Brillenverkäufer wisse er, dass das Personal gerne am Sonntag arbeite und auch die Kundschaft zahlreich sei.

Erich Vontobel (EDU) gab zu bedenken, dass dem Sonntag als Ruhetag Sorge getragen werden sollte. Damit sprach er sicher auch vielen SVP-Wählern aus dem Herzen, doch für die SVP-Fraktion überwog die Wirtschaftsfreiheit. Schlussendlich wurde die Standesinitiative zuhänden des Bundes unterstützt. Die Rednerliste war so lang, dass die Debatte bis weit nach 12 Uhr mittags dauerte. Also mussten auch die Linken Überzeit leisten.

Ein Wunder, dass sie deshalb nicht mehr Lohn forderten. Aber vielleicht stürmen am nächsten Montag die Gewerkschaften das Rathaus – mit dem Velo natürlich.



Lastenrad statt fliegendes Auto.

Bild: HDValentin (Flickr.com)

## WORTE DES PRÄSIDENTEN DER JUNGEN SVP KANTON ZÜRICH

### Die Schweizer Armee in Europa

Die internationale Zusammenarbeit der Schweizer Armee ist seit Ausbruch des Ukraine-Krieges wieder stärker in den Fokus gerückt. Als Berufsunteroffizier liegt mir die Einsatzbereitschaft der Armee besonders am Herzen. Deshalb möchte ich diesen Bereich stärker beleuchten, der vermutlich mehr umfasst, als vielen bewusst ist.

Unsere Luftwaffe trainiert regelmässig in Skandinavien. Im Rahmen der «Partnership for Peace» werden in der Schweiz regelmässig internationale Führungskurse mit Teilnehmern von Kanada bis Jordanien durchgeführt und mit unserem Nachbarn Österreich haben sowohl unsere Kampf- wie auch Übermittlungstruppen bereits mehrere gemeinsame Projekte durchgeführt. Ich könnte dutzende weitere Beispiele aufzählen und auch ich selbst dürfte bereits mit der schwedischen Armee wie auch der Deutschen Bundeswehr trainieren. Aus diesen Trainings stammen einige meiner wertvollsten Erfahrungen, welche ich in die Ausbildung unserer eigenen Truppen einbringen konnte. Im Fokus steht oft die Zusammenarbeit mit NATO-Staaten, doch wie meine Beispiele aufzeigen, arbeitet die

Schweizer Armee längst nicht nur mit NATO-Staaten zusammen. Selbst russische Soldaten trainierten bereits bei unseren Gebirgsspezialisten und auch der Besuch von nordkoreanischen Armeemitgliedern sorgte damals für einigermassen mediale Aufmerksamkeit.

Der Krieg in der Ukraine hat endlich auch die Politik ausserhalb der SVP wachgerüttelt und dem Parlament deutlich aufgezeigt, dass der ewige Frieden noch lange nicht garantiert ist. Die Armee, welche bereits seit längerem ihren Kernauftrag «Verteidigung» wieder in den Fokus stellen will, hat dadurch nun auch die notwendige Unterstützung aus der Politik erhalten. Es bleibt zu hoffen, dass die Parlamentarier ihre Fehler nicht wiederholen, sobald ein paar Jahre in Frieden vergangen sind.

Doch die Armee hat ein Problem bei ihrer Aufgabe. Realistische Übungen mit Kampftruppen – insbesondere für unsere Panzertruppen benötigen gut und gerne Übungsplätze von der Grösse des Zürcher Unterlandes. Es erklärt sich von selbst, dass diese in der Schweiz nicht vorhanden sind. Die Armee ist hier auf die Übungsplätze von Nach-

barstaaten angewiesen. Doch genau diese Zusammenarbeit wird häufig kritisiert – auch von Menschen, die unsere Armee eigentlich unterstützen. Man fürchtet eine Annäherung an die NATO. Meine Beispiele sollten aufzeigen, dass die Armee den Austausch längst weltweit und damit weit über die NATO hinaus pflegt. Die Zusammenarbeit ausgerechnet mit unseren Nachbarn auszusetzen und damit ausgerechnet die Fähigkeit der Armee zur Verteidigung – ihrer wichtigsten Aufgabe – aufs Spiel zu setzen, ist kurzfristig gefährlich und schadet der Armee und damit der Sicherheit unseres Landes. Wichtig ist hier keine einseitige Ausrichtung auf NATO-Staaten. Ein Beitritt ist so oder so klar auszuschliessen, um eben auch in der internationalen Zusammenarbeit neutral auftreten zu können.



von  
**Sandro Strässle**

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

## Wer ernten will, muss zuerst säen!



**Paul Mayer**  
Kantonsrat SVP  
Marthalen

Das Ziel des Standortmarketings der Stiftung Greater Zurich Area ist es, qualitative und attraktive Unternehmen zur Ansiedlung in das GZA-Gebiet zu bewegen. Es werden in sechs Themenfeldern Firmen gesucht, die eine Ergänzung zum jetzigen Umfeld sind. Wir sind nicht die Einzigen auf dieser globalen Welt, die um tolle und innovative Firmen buhlen. Der Wettbewerb wird immer grösser und komplizierter. Auch von Amerika über Asien und weiter werben die Metropolitanregionen um Unternehmen mit hoher Wertschöpfung und nachhaltigem Mehrwert, die damit zusätzliche Arbeitsplätze für den Wirtschaftsstandort schaffen. Über die GZA sind neun Kantone miteinander verbunden. Es braucht den Kanton Zürich in diesem Verbund und wir profitieren auch am meisten in absoluten Zahlen.

Gemäss einem unabhängigen Bericht von Ernst & Young ist der Anteil des Kantons Zürich an den Bruttoansiedlungen von Firmen 26% (330 von 1280) und an den neu geschaffenen Arbeitsstellen 40% (3769 von 9426). Nicht mit eingerechnet sind die indirekt geschaffenen Arbeitsstellen. Für den Kanton Zürich generieren diese neuen Firmen einen Steuerertrag von 329 Mio. Fr. oder umgerechnet 1,4 Mio. Fr. pro angesiedelten Betrieb. Für jeden Franken, den man investiert, kommen also 13 Steuerfranken retour. Über die nächsten vier Jahre (2024 – 2027) wird ein Beitrag von total 8,4 Mio. (2,1 Mio.

pro Jahr) gesprochen. Durch die langjährigen aufgebauten internationalen Verbindungen der GZA können gesuchte neue Firmen gefunden werden. Dieser wichtige Umstand der Vernetzung darf nicht gefährdet werden. Es würde wieder Jahre brauchen, um das aufzubauen. Steuertechnisch ist leider der Kanton Zürich für Firmen ganz sicher nicht der attraktivste. Wir als Kanton haben sicher viel zu bieten, aber zu welchem Preis? Daher schätze ich die Leistung der GZA sehr hoch ein, erfolgreich Firmen in unserem Kanton anzusiedeln oder andere zu ergänzen.

Der Minderheitsantrag der AL und Grünen auf Nichtetreten hatte keine Chance. Auch ihre Vorwürfe, wir würden mit der Unterstützung der Beiträge die Zuwanderung schüren, waren völlig haltlos. Die SP wollte den Kredit nur für zwei Jahre sprechen und der GZA den Auftrag geben, ein Konzept für die Nachhaltigkeit der anzusiedelnden Firmen auszuarbeiten. Nur was Nachhaltigkeit ist, konnten sie nicht sagen.

Auch dieser Antrag wurde klar abgelehnt. Persönlich kann ich nicht verstehen, dass die linke Ratsseite gegen gute Arbeitsplätze ist, die viele Steuerfranken hergeben. Ist es nicht gerade sie, die jetzt schon weiss, wie sie das Geld ausgeben und verteilen wird?

Für den Kanton Zürich ist es wichtig, dass wir vermehrt finanz- und vor allem steuerstarke Firmen ansiedeln können. Wir festigen damit die positive, nachhaltige und innovative Entwicklung des Wirtschaftsstandorts. Dies generiert zukünftige wichtige Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Ich bin auf einem Bauernhof aufgewachsen und weiss: Wer ernten will, muss zuerst säen. Dies gilt auch in der Politik.

MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH VOM 20. NOVEMBER 2023

## Tobias Weidmann als neuer Fraktionspräsident gewählt

Nach fünf erfolgreichen Jahren als Fraktionspräsident wechselt Kantonsrat Martin Hübscher in den Nationalrat. Die SVP Kanton Zürich dankt Martin Hübscher herzlich für seinen unermüdlischen Einsatz als Fraktionspräsident. Die Stabsübergabe erfolgte einstimmig am Kantonsrat Tobias Weidmann, der zurzeit das Amt des Finanzkommissions-

präsidenten innehat. Tobias Weidmann erklärt: «Ich nehme dieses Amt mit Demut an und freue mich darauf, die Arbeit von Martin Hübscher weiterzuführen.» Die SVP Kanton Zürich ist überzeugt, dass Tobias Weidmann die Fraktion in seiner neuen Rolle mit Engagement und Kompetenz weiterführen wird.



Neues Führungsduo im Kantonsrat: Parteipräsident Domenik Ledergerber, Fraktionspräsident Tobias Weidmann und der neu gewählte Nationalrat Martin Hübscher (v.l.n.r.).

Bild: ZVG

MEDIENMITTEILUNG DER SVP BEZIRK HINWIL VOM 16. NOVEMBER 2023

## Ständeratswahlen: Einstehen für bürgerliche Werte und mehr Mobilität

Anlässlich der Ständeratswahlen organisierte die SVP-Ortssektion Hinwil am gestrigen Abend einen Fussmarsch von Hinwil nach Wetzikon. Damit sollte auf die nach wie vor fehlende Lückenschliessung

der Oberlandautobahn aufmerksam gemacht werden. Gregor Rutz steht für mehr Mobilität und im speziellen für die Lückenschliessung, womit seine Wahl in den Ständerat im Interesse des

Zürcher Oberlandes liegt. Trotz starkem Regen fanden sich an die 50 Personen in der Industrie Wässeri ein, um ein Zeichen für die Mobilität und die Wahl von Gregor Rutz zu setzen. Unter den Anwesenden befanden sich die Nationalräte Bruno Walliser (SVP) und Erich Vontobel (EDU) und der Präsident des Vereins «Zusammenschluss Oberlandstrasse», Horst Meier (FDP). Begleitet von einer Kutsche startete man nach einer kurzen Begrüssung durch die Ortssektion Hinwil den Marsch nach Wetzikon.

Nach Bossikon hörte der Regen auf und trockenen Fusses gelangte die Marschgruppe zum Bahnhof Wetzikon, wo es Punsch und Hot Dogs zum Aufwärmen gab. Die Organisatoren danken für die gute Beteiligung und hoffen auf die Wahl von Gregor Rutz am kommenden Sonntag.



Trotz Regenwetter war die Hinwiler SVP in Marschlaune.

Bild:ZVG

### SVP DIETIKON

## Alt Bundesrat Ueli Maurer und Nationalrat und Ständeratskandidat Gregor Rutz zu Gast in Dietikon

Das Brausyndikat in Dietikon durfte kürzlich hohen Besuch empfangen: Im Vorfeld des zweiten Wahlgangs um den zweiten Zürcher Sitz im Ständerat besuchten alt Bundesrat Ueli Maurer und Nationalrat und Ständeratskandidat Gregor Rutz die Brauerei an der Grünaustrasse in Dietikon. Stadtpräsident Roger Bachmann durfte im Namen der SVP Dietikon zahlreiche Gäste im Taproom der Brauerei begrüssen und verwies in seiner kurzen Ansprache darauf, dass die Brauerei ein schönes Beispiel für zahlreiche Kleinunternehmen in unserem Land sei, die mit ihrer Schaffens- und Innovationskraft einen wichtigen Beitrag zu einer kompetitiven und funktionierenden Wirtschaft leisten. Durch zunehmende Regulierung werde diese aber immer mehr behindert. Alt Bundesrat Ueli Maurer und Nationalrat Gregor Rutz wiesen in diesem Zusammenhang ebenfalls daraufhin, wie wichtig es sei, dass gerade der Wirtschaftskanton Zürich in Bern mit Leuten vertreten werde, die für Freiheit und Selbstbestimmung einstehen. Schliesslich kam auch der gemütliche Teil im Brausyn-

dikat nicht zu kurz, bei dem das Gastgeberteam des Brausyndikats mit interessanten Informationen zum Brauprozess aufwartete und es sich natürlich auch Ueli Maurer und Gregor Rutz nicht

nehmen liessen, die verschiedenen Biersorten und die Biertreber-Pizza zu geniessen.

SVP Dietikon



Die «Affenbande» des Brausyndikats mit alt Bundesrat Ueli Maurer, Nationalrat Gregor Rutz, Fraktionschef der SVP Dietikon Koni Lips und dem Stadtpräsidenten von Dietikon Roger Bachmann.

Bild: ZVG

### SVP ZÜRICH 11

## Nochmals alles gegeben für unseren Ständeratskandidaten

An der Standaktion vom 18. November 2023 der SVP Zürich 11 auf dem Marktplatz ZH-Oerlikon wurde nochmals alles gegeben für unseren Ständeratskandidaten Gregor Rutz. Das Schlussresultat

war leider anders als erhofft. Schade! Trotzdem ein grosses Dankeschön an alle Beteiligten dieser und der vergangenen Standaktionen für ihren unermüdlchen Einsatz betreffend eine bür-

gerliche Stimme für unseren schönen Kanton Zürich in Bern.

Peter Schick, Kantonsrat Zürich, Zürich



Ständen im Einsatz: Miguel Martinez, Sonja Hintermann, Johanna Gross, Stadtpartei-Präsidentin Camille Lothe, GR Martin Götzl sowie NR Gregor Rutz und KR Peter Schick (v.l.n.r.).

Bild: ZVG

### SVP KÜSNACHT

## SVP feiert neugewählte Nationalrätin Nina Fehr Düsel

Im Rahmen der kürzlich durchgeführten Parteiversammlung der SVP Küssnacht wurde die neugewählte Küssnächter Nationalrätin Nina Fehr Düsel willkommen geheissen. Nach den obligaten Traktanden und den Parolenfassungen für die kommende Gemeindeversammlung wurde Nina Fehr Düsel als neue Küssnächter Nationalrätin gefeiert. Gemeindepräsident Markus Ernst schilderte informativ die Küssnächter Kräfteverhältnisse von FDP und SVP. Er zeigte sich stolz darüber, dass Küssnacht wieder

über eine direkte Vertreterin in Bern verfügt. Nina Fehr Düsel bedankte sich sehr herzlich für die hohe Stimmenzahl, welche sie in Küssnacht erhielt, und war erfreut, dass die Bürgerlichen zulegen konnten. Im Rahmen eines von der Nationalrätin offerierten Apéros wurde der Gedankenaustausch «über die weite Welt» und über Küssnacht gepflegt.

Martin Bachmann, SVP Küssnacht



Gemeindepräsident Markus Ernst, die neu gewählte Nationalrätin Nina Fehr Düsel, Gemeinderat Adrian von Burg und SVP-Sektionspräsident Nicolas Bandle (v.l.n.r.). Bild:

## Adventsabend SVP Bezirk Meilen

Freitag, 1. Dezember 2023

Festsaal Haus Wackerling  
Tramstrasse 55, 8707 Uetikon am See



**Ehrgast**  
**Marcel Dettling**  
Nationalrat und Wahlkampfleiter 2023

**Programm**

18.00 Uhr **Apéro**

19.00 Uhr **Gemütliches Abendessen**

Tenue sportlich-elegant

Preis Fr. 90.00 / Person (alles inklusive)  
Fr. 50.00 / Mitglieder JSVP (bis 25 Jahre)

**Anmeldung** unter Angabe der Namen und durch Einzahlung bis spätestens 26. November 2023 auf:  
IBAN CH25 0900 0000 8005 2149 0 oder Postcheck-Konto 80-52149-0.  
Die Anmeldungen werden nach Zahlungseingang berücksichtigt.

Wir freuen uns mit Ihnen die Adventszeit einzuläuten. Geniessen Sie einen wunderbaren Abend im Festsaal des Hauses Wackerling mit interessanten Gesprächen im geselligen Rahmen.

Den Sponsoren, welchen diesen Anlass möglich machen, danken wir herzlich!

Beste Grüsse

**SVP Bezirk Meilen**  
Dubravko Sinovic, Präsident

Einladung zum  
**Polit-Lunch**



**SVP**  
Die Partei des Mittelstandes

## Windmonster

Was bringen sie – Was verwüsten sie  
Gibt es Alternativen?

**Referentin**  
**Therese Schläpfer, Nationalrätin**  
Ehemalige Gemeindepräsidentin Hagenbuch



**WANN:**  
Mittwoch,  
29. November 2023  
11.45 bis 14.00 Uhr

**WO:**  
Hotel Restaurant Sonnentel  
Zürichstrasse 96  
8600 Dübendorf

**PROGRAMM:**

11.45 Uhr Apéro

12.00 Uhr Mittagessen

13.00 Uhr Referat

13.30 Uhr Diskussion

14.00 Uhr Ende

**KOSTEN:**  
Fr. 30.-- pro Person (zahlbar vor Ort)  
Apéro, 2-Gang-Menü  
Getränke zum Mittagessen sind nicht inbegriffen

**Parkmöglichkeit:** Genügend Parkplätze vor dem Restaurant.  
**ÖV:** Ab Bahnhof Stettbach Busse 744 / 752 oder 754.

Besten Dank für Ihre **Anmeldung** bis **Freitag, 24. November 2023**  
(bitte Menu-Wahl angeben: Fleisch oder vegetarisch)

An: liebi@schweizerzeit.ch  
Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach, Tel: 052 301 31 00

**Alle sind herzlich willkommen!**  
Ihre SVP des Kantons Zürich

Der Polit-Lunch wird im Auftrag der SVP des Kantons Zürich von der Schweizerzeit organisiert.  
SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66

LINKE VERKEHRSPOLITIK

## Tempo 30 in Küsnacht und darüber hinaus

In Küsnacht will die Baudirektion des Kantons an der Schiedhaldenstrasse, einer wichtigen Verkehrsachse, Tempo 30 einführen. Die Einwohner wehren sich, und die SVP zieht vor Gericht. Der Fall zeigt, wie einfach die Einführung von Tempo 30 leider durch eine Änderung des Bundesrechts geworden ist.



**York-Peter Meyer**  
Finanzexperte  
SVP Küsnacht

Die Schiedhaldenstrasse ist die Hauptverbindung vom Ortskern in Richtung Osten, also den Berg hinauf, und damit eine der meistbenutzten Strassen in Küsnacht. Ausgerechnet hier will die Baudirektion des Kantons unter dem grünen Regierungsrat Martin Neukom Tempo 30 einführen. Betroffen sind übrigens auch zwei Buslinien sowie eine Nachtbuslinie.

### Bereits mehrere Fauxpas der Baudirektion

In der Pressemitteilung des Kantons war die Rede davon, dass diese Entscheidung im Einvernehmen mit der Gemeinde getroffen worden war. Der Kanton musste das später korrigieren und zugeben, dass die Gemeinde das Vorhaben nicht befürwortet.

Auch erging die Mitteilung ohne Angabe der Rekursinstanz. Stattdessen war das Verwaltungsgericht als «Kontaktstelle» aufgeführt. Es ist jedoch offensichtlich, dass Gerichte keine Informationsbüros, sondern Beschwerdestellen sind. Sorgfältige Arbeit sieht anders aus.

### Klage der SVP Küsnacht

Zusammen mit dem Gewerbeverein hat die SVP Küsnacht Beschwerde gegen

das Vorhaben eingereicht. Es war leicht, dabei 20 besonders betroffene Kläger aus diesen beiden Organisationen zu finden. Die Klage wird ausserdem von der FDP Küsnacht finanziell unterstützt, wobei sie und ihre Mitglieder aber nicht Kläger sind. Ausserdem hat alt Kantonsrat und früherer SVP-Gemeindepräsident Hans-Peter Amrein auch separat Klage eingereicht. Insgesamt ist das sicher eine breite Koalition.

### Stellungnahme des Küsnachter Gemeinderats

Der Küsnachter Gemeinderat hat in einer Stellungnahme erklärt, er würde keine Klage gegen das Projekt erheben. Er halte eine Beschwerde vor dem Verwaltungsgericht für aussichtslos. Dafür wird er in Küsnacht scharf kritisiert.

Dabei hat der Gemeinderat anscheinend nicht bedacht, dass die zuständige Beschwerdestelle gar nicht das Verwaltungsgericht ist, sondern die Sicherheitsdirektion, wie die Kläger argumentieren.

So verhielt es sich übrigens auch bei der «vorübergehenden» Verengung der Bellerivestrasse in Zürich. Überhaupt ist unklar, wieso Tempo 30 für alle verhältnismässig sein soll, wenn nur eine Person das verlangt hat. Bereits hat die Sicherheitsdirektion ein Verfahren zur Feststellung der Zuständigkeit eröffnet. Wir werden also sehen, ob sie oder das Verwaltungsgericht zuständig sein werden. Auch wurde vom Verwaltungsgericht dem Antrag der Kläger um aufschiebende Wirkung stattgegeben.

### Schiefe bundesrechtliche Vorgaben

Generell ist es für grüne Politiker seit dem 1. Januar 2023 noch einfacher geworden, Tempo 30 einzuführen.

Der neue Artikel 108 Absatz 4 der Sgnalisationsverordnung ermöglicht es Behörden in der ganzen Schweiz seitdem, Tempo 30 auch ohne Lärmgutachten einzuführen.

Also auch dann, wenn dadurch keine ausreichende oder sogar gar keine Lärmreduktion erreicht wird.

Eine absurde Regelung. Erfreulich ist immerhin, dass die neugewählte Küsnachter Nationalrätin Nina Fehr Düsel in Bern gegen solche Blankochecks für den politischen Gegner vorgehen wird.

### Und der nächste Kampf zeichnet sich bereits ab

Weil es so einfach zu gehen scheint, möchte der Kanton Zürich denn auch bereits die nächste Tempo-30-Zone in Küsnacht einführen, und zwar an der Oberwachtstrasse, einer weiteren Hauptverbindung direkt aus dem Ortszentrum. Gleichzeitig soll dort auch das Linksabbiegen verboten und eine Bushaltestelle sehr ungünstig verlegt werden.

An der Oberwachtstrasse verlangen übrigens null Anwohner die Einführung von Tempo 30.

An der Schiedhaldenstrasse ist es immerhin eine Person. Wenn Tempo 30 sogar ohne Forderung auch nur eines Anwohners und ohne Lärmgutachten möglich ist, dann ist wohl alles erlaubt, was einem grünen Baudirektor gefällt.



Tempo 30 auch für die, die es gar nicht wollen?

Bild: Adobe Stock



### Start in die neue Legislatur Ausblick auf das politische Jahr 2024

mit  
**Gregor Rutz**  
Nationalrat

Nach den National- und Ständeratswahlen startet die Bundesversammlung am 4. Dezember in die neue Legislatur. Es stehen wichtige Geschäfte auf der Traktandenliste. Am 3. März 2024 stehen bereits wieder Volksabstimmungen an. Informieren Sie sich über die nächsten politischen Aktualitäten!

**Montag, 27. November 2023 - 19 Uhr**  
Kantine am Eggä, Gustav Maurer-Str. 10, 8702 Zollikon

Anmeldung bis Freitag, 24. November 2023, an [svp@linter.ch](mailto:svp@linter.ch)

Alle sind herzlich willkommen – auch Nichtmitglieder der SVP!



WAHLEN 23

## Bürgerlicher Zerfall



**Christoph Blocher**  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Im Berner Oberland erklärte mir eine Frau, sie stamme aus einer katholisch-konservativen Familie im Luzernischen. Aber sie habe seit Jahren die CVP nicht mehr gewählt – und das gelte nach dem Namenswechsel für die «Mitte» erst recht.

Die frühere Partei von so soliden Bürgerlichen wie Hans Hürlimann, Paul Eisenring, Peter Wiederkehr oder Ruedi Lustenberger ist nicht mehr zu erkennen. Die Mitte distanziert sich zwanghaft vom Christentum, weil das nicht mehr «zeitgemäss» sei. Neuerdings fordert Mitte-Präsident Gerhard Pfister die FDP auf, sie müsse sich von der «Blockpolitik» des bürgerlichen Lagers distanzieren.

Schlimmer noch ist die Situation bei den Freisinnigen, die seit Jahren ununterbrochen verlieren. Auch die FDP hat in den letzten 30 Jahren einen neuen Kurs gesucht – und damit das bürgerliche Lager mehr und mehr verlassen. Die ehemals bürgerlich-freie Partei findet ihren Platz nicht mehr. Das zeigte sich drastisch bei einer rein technischen Frage – den Listen-

verbindungen. Dabei geht es darum, an wen die Reststimmen einer Partei fallen, die nicht für ein neues Mandat reichen. Im Kanton Zürich war für die SVP einstimmig klar, dass diese an die politisch am wenigsten links stehende FDP gehen sollen. Doch die FDP-Delegierten konnten sich nur gerade mit 82 gegen 81 Stimmen entschliessen, eine Listenverbindung mit der SVP einzugehen.

Fast die Hälfte hätte in Kauf genommen, dass diese Stimmen an die Linken gehen. Also an die SP, die GLP und die Grünen, die unser Land kaputt machen, die Energie verteuern, die Steuern erhöhen, den Asylmissbrauch dulden und die Schweiz an die EU anbinden wollen. Nein, bürgerlich ist gefragt. Wenn FDP und Mitte wieder bürgerlich politisieren, geht es auch der Schweiz wieder besser.



Die Wahlen sind vorbei.

Bild: Adobe Stock

MEDIENMITTEILUNG DER SVP STADT ZÜRICH VOM 16. NOVEMBER

## Züri Fäscht hat keine Zukunft: Linke Mehrheit trägt Verantwortung

Der Verein Zürcher Volksfeste, die Trägerorganisation des Züri Fäschts, sieht keine Zukunft für ein Züri Fäscht im bisherigen Rahmen.

Gründe sind die immer komplexeren Anforderungen an die Nutzung des öffentlichen Raums, die steigenden Auflagen, welche massive Mehrkosten verursachen und die sinkende Akzeptanz gegenüber einem grossen Stadtfest.

Die SVP der Stadt Zürich nimmt diese Entscheidung mit Bedauern zur Kenntnis und bedankt sich bei den Verantwortlichen und zahlreichen Helfern für ihren Einsatz.

### Verbotspolitik: das Ende des Züri Fäschts

Gleichzeitig ist es nur verständlich, dass die Trägerorganisation die Leistungsvereinbarung mit der Stadt Zürich kündigt.

«Die linke Mehrheit im Gemeinderat und im Stadtrat lässt mit ihrer anhaltenden Verbotspolitik den Organisatoren keine andere Wahl», meint Stadtparteipräsidentin Camille Lothe. Für die SVP der Stadt Zürich ist klar: Der Stadtrat und die linke Mehrheit haben diese Kündigung zu verantworten. Leidtragende sind die zwei Millionen Besucher des beliebten Züri Fäschts und das lokale Gewerbe.

### Es braucht ein Volksfest für alle, nicht nur für Stadtzürcher

Die Stadt Zürich präsentiert sich gerne als «weltoffen». Umso unverständlicher ist es, dass in der grössten Stadt der Schweiz ein privat organisiertes Volksfest von der eigenen Politik behindert wird. «Die linke Mehrheit bevorzugt Aktionen wie Bring's uf d'Strass, welche nur für die eigene Quartierbevölkerung gedacht sind. Gäste aus anderen Städten, Kantonen oder Ländern sind unerwünscht», meint Vizepräsident und Gemeinderat Stephan Iten.

### Unfaire Verhältnisse: Erleichterungen für Demonstrationen, Vorschriften für Volksfeste

Die anhaltende Verbotspolitik der linken Mehrheit trifft mit dem Züri Fäscht ein Volksfest, das für alle Besucher etwas zu bieten hat. Gleichzeitig finden wöchentlich Grossdemonstrationen in der Stadt Zürich statt. Der Stadtrat erlässt jedoch nicht nur keine Einschränkungen für unbewilligte Demonstrationen, sondern erleichtert deren Durchführung und stellt sogar mobile Toiletten zur Verfügung. Es gilt: Volksfeste sind nicht erwünscht. Für die SVP der Stadt Zürich stellt sich die Frage: Wie lange gibt es noch die Street Parade, das Knabenschieszen oder das Sechseläuten?

**Albisgüetli-Tagung SVP**  
Die grösste politische Veranstaltung der SVP

**19. Januar 2024**  
nur noch wenige Plätze frei!

**36. Albisgüetli-Tagung**  
Melden Sie sich an! Infos:

Möchten Sie die Albisgüetli-Tagung finanziell unterstützen?  
IBAN CH32 0900 0000 8762 7681 2  
SVP Kanton Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf  
Vielen Dank für Ihren Beitrag!

## Fadegrad



von  
Stefan Urech

## Wiau!

Das Schweizer Institut für Kinder- und Jugendmedien (SIKJM) berät Lehrer, Schulen und Eltern in Bezug auf die Leseförderung von Kindern und Jugendlichen. Zudem wird dort Forschung zur Kinder- und Jugendliteratur und zur Leseförderung betrieben. Dafür wird das Institut von der öffentlichen Hand grosszügig, mit jährlich 1,5 Mio. Fr. vom Bund, 230 000 Fr. vom Kanton und 107 000 Fr. von der Stadt Zürich unterstützt. Die Konzentrationsfähigkeit unserer Kinder und Jugendlichen wird heutzutage durch den immer intensiveren Gebrauch von Social-Media-Apps stark, teilweise übermässig eingeschränkt. Die Leseförderung in dieser Altersgruppe ist daher ein unterstützenswertes Anliegen. Ein Blick auf die «Literaturtipps» und Bücher-Empfehlungen des Instituts zeigt aber, dass es ihm offensichtlich weniger um die Leseförderung als um die systematische Indoktrination linker und woker Ideologien geht. So werden neben unpolitischen Motiven wie «Fussball» und «Winter-Wunder-Bücher» im gleichem Ausmass politische Themen mit Linksdrill wie «Flucht und Migration», «Klimawandel» und «Geschlechterrollen» beworben. Beispiele gefällig? Im empfohlenen Buch «Das ist auch meine Welt» wird «Kindern ab sieben Jahren» erklärt, wie sie ihren «Konsum und die Mobilität überdenken» können. In «Niemals» steht einem jungen Mädchen wegen des Klimawandels «der Untergang wortwörtlich vor der Tür», da sein Haus vom überschwappenden Meeresspiegel gefressen zu werden droht. Die drei Kapitel des vom SIKJM empfohlenen Buches «How to change everything» heissen: «Wie wir unsere Welt zerstören», «Was wir bisher tun (ist nicht genug)» und «Wie du die Welt rettst». In «Untenrum. Und wie sagst du?» wird «Kindern ab vier Jahren» erklärt, dass «Geschlechtssteile ganz unterschiedlich daher kommen und nicht immer klar zuzuordnen sind». Auch im «Vorlesebuch für Kinder ab fünf Jahren» mit dem Titel «Herr K macht Wiau!» geht es um Transsexualität. Die Hauptfigur ist ein Kater, der sich als Hund fühlt und darum auch keine typischen Katzengeräusche, sondern eine Mischung aus «Miau» und «Wau» von sich gibt. Basierend auf diesem Grundgedanken, dass es nämlich bei Katzen und Hunden gelegentlich keine eindeutige Zuordnung zu geben scheint, soll schon bei den Kleinen die klare Unterscheidung zwischen Mann und Frau hinterfragt werden. In den meisten Fällen ist es zumindest fragwürdig, Kinder bereits im Vorschulalter mit politischen und sexuellen Themen zu konfrontieren. Undemokratisch ist jedoch, dass ein öffentlich finanziertes Institut diese gesellschaftlich umstrittenen Fragen so einseitig angeht. Bücher mit einer anderen Sichtweise werden in diesem Institut nämlich nicht propagiert. So sollen Kinder durch die «richtige» Lektüre möglichst früh an die von den woken Linken geteilten Überzeugungen herangeführt werden.

## FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP STADT ZÜRICH VOM 22. NOVEMBER

## Linke Politik ist von Inkompetenz und Selbstüberschätzung getrieben

Die Stadt Zürich meint, den Klimawandel auf eigene Faust stoppen zu können. Dies ist vermessen, kostet aber Milliarden.

Zürich ist als Stadt einmalig. Wo sonst auf der Welt gibt es ein solch verhältnismässig kleines Stückchen Erde, auf dem so viele Menschen glücklich und wohlhabend sind? Der Schweizer Kapitalismus bewirkt in unserer Stadt Wunderbares: Wohlstand und fast Vollbeschäftigung. Durch die öffentlich-rechtlichen sowie globalen Banken pulsiert die Wirtschaft im ganzen Kanton. Kurzum: Das kapitalistische Wirtschaftssystem schafft Lebensqualität auf höchstem Niveau.

Doch unser Wohlstands-Paradies ist bedroht. Die Staatskosten steigen gefährlich an. Der Staatsbetrieb kostet allein auf städtischer Ebene über zehn Milliarden Steuerfranken – jedes Jahr. Der mehrheitlich linke Stadtrat und radikal linke Gemeinderat werfen die Steuergelder mit allen Händen unsinnig zum Fenster raus. Schwächt die Weltwirtschaft oder verlassen zum Beispiel die Banken den Standort Zürich teilweise, fällt das Kartenhaus des gigantischen Staatsausbaus zusammen. Die linke Politik hat die Bodenhaftung vollkommen verloren. Selbstüberschätzung hat sich breit gemacht.

Das zeigt sich auch bei der sogenannten Klimapolitik: Die gesamte Schweiz ist für 0,1 Prozent des menschengemachten globalen CO<sub>2</sub>-Ausstosses verantwortlich. Dennoch behaupten die linken Politiker, dass durch Massnahmen in der Stadt Zürich das globale Klima verändert und die sogenannte Klimakrise gestoppt werden könne. Dieser Grössenwahn soll unter dem Decknamen «Netto-Null» gigantische zwölf Milliarden Franken verschlingen. Bezahlen wird dies direkt oder indirekt der Mittelstand. Nachkommenden Generationen werden

die Möglichkeiten für eigene Investitionen genommen. Die Welt geht im Übrigen nicht unter.

Die selbsternannten linken Weltretter haben mit ihrem Klimawahn nun auch das Züri Fäscht auf dem Gewissen. Das Fest zog jeweils über zwei Millionen Besucher an. Doch die Auflagen und Verbote durch die linken Politiker waren für die Organisationen nicht mehr tragbar. Zum Beispiel wurde die Flugschau verboten und auch das Feuerwerk hätte zukünftig nicht mehr stattfinden dürfen. Dies, obwohl das Feuerwerk nur 0,2 Prozent zum CO<sub>2</sub>-Ausstoss des Züri Fäschts beitrug. Dank den Lin-

ken wird es das grosse Volksfest, welches Menschen über alle Grenzen verbunden hat, nicht mehr geben. Auch bei der Energieversorgung richten die Linken ein Chaos sondergleichen an. Früher war die Schweiz bei der Energieversorgung unabhängig und die Preise waren günstig. Heute sind wir vom Ausland abhängig. Die Preise gehen durch die Decke. Der Grund ist die gescheiterte Energiestrategie. Wir erinnern uns: Bei der Abstimmung versprachen die linken Politiker, dass die Mehrkosten pro Haushalt und Familie bei maximal 42 Franken pro Jahr liegen würden. In der Stadt Zürich führen die

Linken nun eine sogenannte «Energiekostenzulage» ein, weil tausende Haushalte die Energierechnungen kaum mehr bezahlen können. Bis zu 1500 Steuerfranken bekommt jeder Antragsteller an die Energierechnung bezahlt. Die Linken feiern dies als «grosse Errungenschaft», weil es ein neues Sozialwerk ist.

Sie feiern es, dass durch ihre Politik viele Bürger zusätzlich auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Zürich geht es durch die linke Politik schlechter. Denn Selbstüberschätzung gepaart mit Inkompetenz ist eine gefährliche Mischung.

SVP-Gemeinderatsfraktion  
der Stadt Zürich



Kohlekraftwerke, wie hier in China, sind regelrechte CO<sub>2</sub>-Schleudern.

Bild: Wikipedia

## AUS DEM DÜBENDORFER GEMEINDERAT

## Parkplatz-Aufhebung beim Adlerplatz, zum Dritten!

Der Dübendorfer Stadtrat startet einen weiteren Versuch, um die Parkplätze auf dem Adlerplatz aufzuheben, obwohl dieses Ansinnen bereits 2015 und 2022 abgelehnt wurde.



Paul Steiner  
Gemeinderat SVP  
Dübendorf

An der Budgetsitzung vom 11. Dezember 2023 werden wir über eine Position von CHF 150 000 debattieren, budgetiert in der Investitionsrechnung unter dem Titel: «Adlerplatz, Umgestaltung/ Aufhebung Parkplätze.» Es ist bereits der dritte Anlauf zur Aufhebung der Parkplätze.

## Ein kurzer Rückblick

Der erste Versuch des Stadtrats datiert aus dem Jahr 2015. Mittels Medienmitteilung informierte dieser am 20. November 2015, dass die Parkplätze beim neuen City Center aufgehoben werden sollen. Die SVP reichte unmittelbar daraufhin ein Postulat mit dem Titel «Parkplätze am Adlerplatz müssen bleiben» ein. Das hinderte den Stadtrat jedoch nicht, für das Jahr 2016 CHF 140 000 für sein Vorhaben im Budget einzustellen. Der von der SVP eingebrachte Streichungsantrag fand im Parlament eine Mehrheit. Die CHF 140 000 wurden an der Sitzung vom 7. Dezember 2015 aus dem Budget gestrichen. Dann war diesbezüglich einige Zeit Ruhe.

## Die GLP lanciert das Thema erneut

2022 wurde das Vorhaben von der GLP wiederbelebt. Sie lancierte das Postulat «Park im Zentrum».

Dem «Pärklein» im «verkehrsumfluteten» Dreieck beim City Center sollten selbstredend alle 23 Parkplätze zum Opfer fallen. Über dieses Postulat dis-

kutierten an der Gemeinderatssitzung vom 7. März 2022 alle Fraktionen intensiv. Das Resultat war eindeutig. Das Postulat wurde mit 23 zu 14 Stimmen nicht überwiesen und sofort abgeschrieben.

Wer glaubte, dass der Stadtrat das klare Verdikt akzeptieren würde, der sieht sich nun eines Besseren belehrt. Wie eingangs erwähnt, wurden nun für 2024 erneut CHF 150 000 budgetiert, um die Parkplätze aufzuheben. Es liegt jedoch kein konkretes Projekt vor. Schwadroniert wird von Hitzeminderungs-massnahmen sowie von einer Aufwertung des Zentrums.

## Ideologische Verkehrspolitik von oben

Diese Chronologie zeigt auf, wie der Mitte-Links dominierte Stadtrat Dübendorfs versucht, seine ideologische Verkehrspolitik durchzusetzen und die Bevölkerung in seinem Sinne zu «erziehen». Es befremdet, dass innerhalb kurzer Zeit das gleiche Vorhaben mehrmals aufs Tapet kommt, obwohl es jedes Mal eine Abfuhr erhielt.

Die Parkplätze auf dem Adlerplatz ermöglichen schnelle Einkäufe und Besorgungen beim lokalen Gewerbe und den beiden grossen Detailhändlern im Zentrum. Sie sind bei der Bevölkerung beliebt und intensiv frequentiert. Sowohl der Gewerbe- Handels- und Industrieverein GHI als auch lokale Gewerbetreibende erachten es als wichtig, dass die Parkplätze bestehen bleiben. Zudem wurden in unmittelbarer Nähe neue Parks geschaffen, namentlich der Glattpark und der Bettlipark. Auf dem Leepünt-Areal, ebenfalls nicht viel mehr als ein Steinwurf entfernt, wird zeitnah eine Überbauung realisiert, in die ein öffentlich zugänglicher Park integriert

werden soll. Dass sich der kleine Adlerplatz – inmitten wichtiger Strassen – nicht für einen Park eignet, zeigt sinnbildlich der Lindenplatz, welcher hätte aufgewertet werden sollen, was aber gründlich misslungen ist.

## Die SVP gibt nicht auf

Die SVP wird dem Gemeinderat im kommenden Dezember die Streichung der budgetierten CHF 150 000 beantragen und zählt darauf, dass die FDP und die

Mitte, wie vor rund einem Jahr, diesen Park ebenfalls nicht wollen.

Sollte dies nicht gelingen, wird die SVP dafür sorgen, dass das Stimmvolk das letzte Wort in Sachen Adlerpark haben wird. Bereits zweimal, bei der Abstimmung über 16 Tempo-30-Zonen sowie über die Volksinitiative der SVP: «Mitbestimmen bei Temporeduktionen», hat die Dübendorfer Bevölkerung gezeigt, dass sie die Verkehrspolitik des Stadtrats nicht einfach so hinnimmt. Die SVP ist überzeugt, dass eine Mehrheit der Dübendorfer Stimmbewölkerung die Adlerparkplätze erhalten will.



Dübendorf möchte den Adlerplatz zu einem Park umgestalten. Bild: Stadt Dübendorf

MEDIENMITTEILUNG DER SVP USTER

# Volksabstimmung vom 19. November 2023

Die SVP Uster freut sich über das Nein der Ustermer Stimmbevölkerung zur neuen Stromgebühren sowie zur Volksinitiative gegen die Moosackerstrasse. Enttäuscht nimmt die Partei jedoch die äusserst knappe Ablehnung der Parkplatz-Initiative zur Kenntnis sowie den Umstand, dass die SVP in der Primarschulpflege weiterhin nicht vertreten ist.

Die Abstimmungsergebnisse vom 19. November 2023 zeigen, dass es sich lohnt, dem rot-grün dominierten Stadtrat in Uster bürgerliche Anliegen entgegenzuhalten.

Ein Beispiel dafür ist die Vorlage «Genehmigung der Verordnung für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Energie Uster AG», welche eine neue Stromgebühren für die Ustermer Haushalte vorsah. Die SVP Uster hatte das Referendum ergriffen und als einzige der grossen Parteien dagegen angekämpft. Die Ustermerinnen und Ustermer folgten der SVP und lehnten die Vorlage ab.

Auch das Nein zur Initiative der Grünen, welche verhindern wollte, dass die Moosackerstrasse einst gebaut werden kann, wurde abgelehnt. Der Stadtrat

sah sich genötigt, einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen, welcher erfreulicherweise ebenso abgelehnt wurde.

### Parkplatz-Initiative: Es fehlten nur wenige Stimmen

Bedauerlich ist hingegen die knappe Ablehnung der SVP-Initiative für den Erhalt von Parkplätzen, welche von der FDP, der EDU, dem Hauseigentümerverband (HEV) sowie den beiden Wirtschaftsverbänden Gewerbeverband Uster (GVU) und Wirtschaftsforum Uster (WFU) unterstützt wurde. Es fehlten lediglich 289 Stimmen zum Erfolg. Eine im Vorfeld der Abstimmung erfolgte Umfrage beim Gewerbe hatte gezeigt, dass für sie Parkplätze wichtig sind, um den Anliegen der Kundschaft gerecht zu werden. Die SVP erwartet vom

Stadtrat, dass dieser weiterhin eine genügende Anzahl an Parkplätzen sicherstellt und die Interessen aller Beteiligten in die Stadtentwicklung einbezieht. Nach dem 2019 noch deutlich abgelehnten Grossangriff auf die privaten Parkplätze ist der Stadtrat mit dem schrittweisen Abbau der öffentlichen Parkplätze nun offensichtlich erfolgreicher (vgl. Medienmitteilung des Initiativkomitees).

### Primarschulpflege weiterhin ohne SVP-Vertretung

Dominik Bischoff war angetreten, um die bürgerliche Vertretung in der Primarschulpflege Uster zu stärken. Bei der Ersatzwahl am 19. November 2023 konnte sich die Kandidatin der Grünen, Karin Kocher Schmid, durchsetzen, ob-

schon dem SVP-Kandidaten Dominik Bischoff mit 3476 Stimmen ein gutes Ergebnis gelang. Damit bleibt die SVP als zweitstärkste Partei in Uster ohne Sitz in der Primarschulpflege, was mit Blick auf die Tatsache, dass die Primarschule einen Drittel der Finanzausgaben in Uster ausmacht, nicht zuversichtlich stimmt. Und die Primarschule ist dieses Wochenende nochmals teu-

«Eine ... Umfrage beim Gewerbe hatte gezeigt, dass für sie Parkplätze wichtig sind, um den Anliegen der Kundschaft gerecht zu werden.»

rer geworden: Die Stimmberechtigten haben sich für höhere Zuschüsse im Umfang von jährlich 600'000 Franken für die schulergänzende Betreuung ausgesprochen.

Der Antrag kam von der Primarschulpflege. Finanzexperte und Familienvater Dominik Bischoff hätte der Behörde gut getan.

LESERBRIEF

## Ersatzlose Aufhebung von Parkplätzen im Zürcher Kreis 8 wegen Baustellen – oder der Politik?

Seit Oktober 2023 wurden in den Quartieren Seefeld und Weinegg, Kreis 8, für Bauarbeiten, Baumaschinen, Container, Mulden, Umgehungen, gleichzeitig Dutzende, wenn nicht hunderte Parkplätze der Blauen Zone ersatzlos aufgehoben. Dies, nachdem bereits im Frühjahr etliche blaue Parkplätze abgebaut wurden. Es ist derzeit unter der Woche praktisch unmöglich, in der Zollikerstrasse, Mühlebachstrasse, Münchhaldenstrasse, Wildbachstrasse etc. einen Parkplatz zu finden, für die wir Anwohner eine Parkkarte erworben haben. Wildparkieren wird naturgemäss gebüsst, ebenso wenn man seinen Wagen auch nur Zentimeter ausserhalb eines Parkplatzes parkiert, Einsprache zwecklos. Mangels Tiefgaragen sind die meisten Anwohner auf die öffentlichen Parkplätze angewiesen.

Die Strassen würden auch bei erhöhter Bautätigkeit reichlich Platz für Ersatzparkplätze bieten, was aber nicht im Sinne der Anti-Auto-Lobby ist, deren Politik die Polizei umsetzen muss. Die Verkehrspolitik ist ideologisch motiviert und schikaniert mutwillig die besten Steuerzahler der Stadt. Die Situation reduziert die Lebensqualität in einem der lebenswertesten Wohnquartiere Zürichs. Im Übrigen ist diese Politik kontraproduktiv: Sie vergrault mit ihrer offensichtlichen Feindseligkeit die letzten Sympathien, die man für eine linksgrüne Politik allenfalls noch haben mochte. Wenn im kommenden Jahr die Gebühren für die Anwohnerkarte, wie angekündigt, um 80 Prozent erhöht werden, dürfte die Diskrepanz zwischen massiv schlechterem Angebot und gleicher Nachfrage bei überbissenen Preisen noch schlimmer werden.

Ogleich ich linksgrün erzogen wurde, wähle ich seit Jahren die SVP, weil sie meine Sorgen um die Schweiz – und insbesondere um Zürich – teilt. Wenn man als Bürger in der eigenen Stadt – wo man mit Steuern, Abgaben und Kosten nur so überhäuft wird – mit seiner Lebensweise weniger willkommen zu sein scheint als die Migranten aller Couleur, von meinen Steuern alimentiert, so möchte man nur noch das Weite suchen! Aber: Wir leben ausserordentlich gern in diesem Quartier mit der guten Infrastruktur und den exzellenten Schulen und werden nicht aufgeben. Für Ihre Unterstützung danke ich Ihnen!

Michael Haag, Zürich

# Ihr Immobilienraum?

www.immobilientraum.info

aktuell im Verkauf

<p><b>3</b> <b>Rebweg</b> 8457 Humlikon</p>  <p>ab CHF 1'550'000.-</p> <p>6 1/2 Zi. Doppel-EFH's +41 52 338 07 09 www.rebweg.ch</p>	<p><b>7</b> <b>Uetliblick</b> 8136 Thalwil-Gattikon</p>  <p>ab CHF 1'631'000.-</p> <p>3 1/2 und 4 1/2 Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.uetliblick-gattikon.ch</p>	<p><b>8</b> <b>Hofwisen</b> 8545 Rickenbach</p>  <p>CHF 580'000.-</p> <p>2 1/2 - 4 1/2 Zi.-Wohnungen +41 52 338 07 09 www.hofwisen.ch</p>	<p><b>11</b> <b>am Eichacher</b> 8904 Aesch</p>  <p>CHF 1'451'000.-</p> <p>3 1/2 u. 4 1/2 Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.ameichacher.ch</p>	<p><b>12</b> <b>Schlossblick</b> 8610 Uster</p>  <p>ab CHF 1'101'000.-</p> <p>2 1/2 - 4 1/2 Zi.-Wohnungen +41 44 316 13 05 www.schlossblick.ch</p>
<p><b>14</b> <b>Glattwies</b> 8152 Glattbrugg</p>  <p>CHF 1'554'000.-</p> <p>4 1/2-Zi.-Dachwohnung +41 44 316 13 87 www.glattwies-glattbrugg.ch</p>	<p><b>15</b> <b>Dreieckspitz</b> 8406 Winterthur</p>  <p>CHF 1'551'000.-</p> <p>3 1/2 / 4 1/2 Zi. Wohnung mit Terrasse +41 55 610 47 46 www.dreieckspitz.ch</p>	<p><b>16</b> <b>Vistacasa</b> 8308 Illnau</p>  <p>ab CHF 1'145'000.-</p> <p>3 1/2 - 4 1/2 Zi.-Wohnungen +41 52 338 07 09 www.vistacasa.ch</p>	<p><b>18</b> <b>Schmiedgass</b> 8545 Rickenbach</p>  <p>ab CHF 724'100.-</p> <p>3 1/2 - 5 1/2 Zi.-Wohnungen +41 52 338 07 09 www.schmiedgass.ch</p>	<p><b>22</b> <b>Solevista</b> 8615 Wermatswil</p>  <p>CHF 2'187'500.-</p> <p>4 1/2 Zi.-Gartenwohnung +41 44 316 13 05 www.solevista.ch</p>

Projektankündigungen

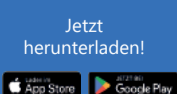
<p><b>1</b> <b>am Goldenberg</b> 8400 Winterthur</p>  <p>Baubewilligung erteilt</p> <p>3 1/2 u. 4 1/2-Zi. Wohnungen +41 55 610 47 46 www.amgoldenberg.ch</p>	<p><b>2</b> <b>Römergarten</b> 8404 Winterthur</p>  <p>3 1/2 - 5 1/2-Zi. Mietwohnungen +41 55 610 47 46 www.immobilientraum.info</p>	<p><b>4</b> <b>La Rivera</b> 8424 Embrach</p>  <p>2 1/2- bis 4 1/2-Zi. Wohnungen +41 55 610 47 46 www.larivera.ch</p>	<p><b>5</b> <b>Geiselweid</b> 8400 Winterthur</p>  <p>2 1/2- bis 4 1/2-Zi. Wohnungen +41 55 610 47 46 www.geiselweid-winterthur.ch</p>	
<p><b>6</b> <b>Duovivo</b> 8904 Aesch ZH</p>  <p>Baubewilligung erteilt</p> <p>2 1/2 - 5 1/2 Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.duovivo.ch</p>	<p><b>9</b> <b>Chridlerpark</b> 8127 Aesch-Maur</p>  <p>Liegt seit 24 Monaten beim Bundesgericht!</p> <p>3 1/2 - 5 1/2 Zi. WHG und EFH +41 55 610 47 46 www.chridlerpark.ch</p>	<p><b>10</b> <b>am Zentrum</b> 8910 Affoltern a.A.</p>  <p>2 1/2 - 4 1/2 Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.amzentrum.ch</p>	<p><b>13</b> <b>Soley</b> 8309 Birchwil</p>  <p>Baubewilligung erteilt</p> <p>3 1/2 u. 4 1/2 Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.soley-birchwil.ch</p>	<p><b>17</b> <b>Puro Vivere</b> 8157 Dielsdorf</p>  <p>5 1/2 Zi.-EFH, Doppel-EFH's +41 55 610 47 46 www.immobilientraum.info</p>
<p><b>19</b> <b>Neufrohnsinn</b> 8404 Stadel</p>  <p>3 1/2 - 5 1/2 Zi. Whg. und REFH +41 52 338 07 09 www.immobilientraum.info</p>	<p><b>20</b> <b>Tre Fiori</b> 8913 Ottenbach</p>  <p>3 1/2 - 4 1/2 Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.tre-fiori.ch</p>	<p><b>21</b> <b>Grastal</b> 8310 Grafstal</p>  <p>2 1/2 - 5 1/2 Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.grastal.ch</p>	<p><b>23</b> <b>Hotzenstock</b> 8133 Esslingen ZH</p>  <p>3 1/2 - 5 1/2 Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.hotzenstock.ch</p>	<p><b>24</b> <b>Trottenacker</b> 8458 Dorf ZH</p>  <p>5 1/2 Zi.-Reihen-Doppel-EFH's +41 52 338 07 09 www.immobilientraum.info</p>

Stand Oktober 2023

Jetzt Newsletter abonnieren!



Blieben Sie „app to date“ mit unserer neuen Immobilienraum-App.



Lerch & Partner  
GENERALUNTERNEHMUNG AG  
Zürcherstrasse 124  
8406 Winterthur



IN EIGENER SACHE

Das neue Parteiprogramm 2023 – 2027 der Zürcher SVP ist im Sekretariat in gedruckter Form eingetroffen und kann ab sofort bestellt werden.

Natürlich können Sie das aktuelle Parteiprogramm auch als PDF-Version auf der Homepage svp-zuerich.ch herunterladen.



Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Parteiprogramm der Zürcher SVP 2023 bis 2027



Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

**SVP DIGITAL**

**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

**In den Sumpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

**SVP-STAMM**

**Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

**Bezirk Horgen/Adliswil**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 bis 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

**Stadt Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

**IMPRESSUM**

**Zürcher Bauer** ISSN 1660-6701  
**Der Zürcher Bote** ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 67. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

**SVP-VERANSTALTUNGEN**

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**  
Samstag, 9. Dezember 2023, 19.00 Uhr, SVP-Treff, Weihnachtsmarkt, beim Feuerwehrverein, Dielsdorf.

**Bezirk Dielsdorf/Stadel**  
Freitag, 24. November 2023, 18.30 Uhr, Fondueplausch & Apéro, Schützenhaus, Windlach.

**Bezirk Dietikon/Weiningen**  
Samstag, 16. Dezember 2023, 10.00 Uhr, Sessionsapéro, Schlössli Weiningen, mit Nationalrat Alfred Heer und Kantonsrat Roger Schmidinger.

**Bezirk Meilen**  
Freitag, 1. Dezember 2023, 18.00 Uhr, Adventsabend, Haus Wäckerling, Tramstrasse 55, Uetikon am See, mit Nationalrat Marcel Dettling, Vizepräsident SVP Schweiz. Anmeldung bis 26. November 2023 mit Einzahlung von 90 Franken auf IBAN CH25 0900 0000 8005 2149 0.

**Bezirk Meilen/Zollikon**  
Montag, 27. November 2023, 19.00 Uhr, Höck, Kantine am Eggä, Gustav-Maurer-Strasse 10, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz. Anmeldung an svp@linter.ch.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Freitag, 1. Dezember 2023, 19.00 Uhr, Höck am Uster Märt, Treffpunkt Bahnhof Uster. Anmeldung an helfenberger@jsvp-zh.ch.

**Stadt Zürich/Kreis 11**  
Samstag, 2. Dezember 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 2. Dezember 2023, 19.00 Uhr, Jahresausklang, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Samstag, 25. November 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamedingerplatz, Zürich.

Dienstag, 5. Dezember 2023, 19.30 Uhr, Chlauhöck, Schwamedingerhuus, Zürich.

**WEITERE VERANSTALTUNGEN**

Mittwoch, 29. November 2023, 11.45 – 14.00 Uhr, Polit-Lunch, Hotel Restaurant Sonnentäl, Zürichstrasse 96, Dübendorf, mit Nationalrätin Therese Schläpfer zum Thema «Windmonster». Kosten: 30 Franken, zahlbar vor Ort. Anmeldung (mit Wahl Fleisch oder vegi) an liebi@schweizerzeit.ch.

**JA ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT**

**DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE**

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

**neutralitaet-ja.ch**

**Nachhaltigkeits-Initiative**

**Keine 10-Millionen-Schweiz**

**Das will die Initiative erreichen:**  
JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Bevölkerungsexplosion.

**Jetzt Volksinitiative unterschreiben** nachhaltigkeitsinitiative.ch

Spendenkonto:  
IBAN: CH45 0884 5330 3556 0000 0  
IG Nachhaltigkeitsinitiative

**10 Millionen**